immerhin verdienen seine der „Nowosti" entgegengesetzten Ausführungen insofern Beachtung, als dem „Graschdanin" Beziehungen zum Hofe beigemessen werden.

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 21. Juli. Der heutige Leitartikel des „Vorwärts" über Staatssocialismus liefert den bündigen Beweis, daß die Kluft, die Herrn von Vollmar von den Herren Bebel und Liebknecht trennt, eine unüberbrückbare ist. Nach dem Urtheil aller einsichtigen Socialisten ist ein Ausscheiden Vollmars aus der fractionellen Socialdemokratie unvermeidlich. Daß er aber dann sein Schwert in die Scheide stecken werde, glauben wir nicht, denn er ist eine streitbare Natur, und die Bayern, seine Landsleute und religiösen Glaubensgenossen, stehen hinter ihm. Daß er seiner Zeit päpstlicher Gardelieutenant gewesen, thut ihm bei diesen keinen Abbruch, im Gegentheil. Eine eigene bayerisch-socialistische Partei erscheint uns durchaus nicht undenkbar. Der „Süddeutsche Postillon", das Witzblatt der bayerischen Socialdemokraten, bringt eine Zeichnung vom Parteitage zu Neinhausen bei Regensburg. Da sieht man den Ritter von Vollmar mit dem markanten Gesichte auf hohem Podium wie auf einem Throne sitzen und man kann ihn sich dabei ganz gut als „König" der bayerischen Socialdemokraten vorstellen. Herr Carl Grillenberger in Nürnberg, der ältere Prätendent, dürfte ihm wohl nur wenig oder gar nicht hinderlich sein, da dessen Trachten mehr auf den Erwerb gerichtet ist. — Während die Socialdemokraten in Kiel in Folge der Erhöhung des Census nicht mehr daran denken können, einen der Ihrigen ins Stadthaus zu bringen, rechnen sie im Rheinlande sehr stark darauf. In Mülheim an der Ruhr ist der Census sogar von 18 auf 6 ℳ herabgesetzt worden, was die Socialdemokraten sehr unternehmungslustig stimmt. Sie werden deshalb bei den nächsten Neu- und Ergänzungs-Wahlen mehrere Candidaten aufstellen.

‡‡ **Berlin**, 21. Juli. Die Möglichkeit, Anspruch auf Invalidenrente zu erheben, war zwar schon von dem 22. November v. J. gegeben, da aber gegen Ende des letztverflossenen Jahres außerordentlich wenige Anträge dieser Art gestellt wurden, so kann man die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni des laufenden Jahres als das erste Halbjahr des Bezuges von Invalidenrenten bezeichnen. Ueber dieses liegen nunmehr in den gestern vom Reichs-Versicherungsamte veröffentlichten Zahlen authentische Aufschlüsse vor. Danach sind im Ganzen 19 859 Ansprüche auf Invalidenrente erhoben und von diesen 5591 anerkannt worden. Vergleicht man mit diesen Zahlen diejenigen, welche den in dem Etat für 1892/93 auf das laufende Jahr eingestellten Summen zur Begleichung des Reichszuschusses für Invalidenrenten zu Grunde gelegt sind, so sieht man, daß die Wirklichkeit hinter der Schätzung weit zurückgeblieben ist. In dem Etat hatte man für das Jahr 1892 auf 68 196 Invaliden gerechnet. Im ersten Halbjahr sind nicht einmal der Schätzung entsprechende Ansprüche erhoben, geschweige denn bewilligt worden. Selbst wenn sämmtliche 5516 im ersten Halbjahr noch unerledigt gebliebenen Ansprüche späterhin bewilligt würden, würde die Zahl der Invalidenrenten nur ein Drittel der Schätzung ausmachen. Während also im ersten Jahre für die Altersrenten ein Ueberschreiten der im Etat ausgeworfenen Summe festgestellt werden mußte, scheint bei der Invalidenrente im ersten Jahre ein Zurückbleiben hinter derselben bevorzustehen. Auffallen muß ferner bei den veröffentlichten Zahlen der starke Procentsatz der zurückgewiesenen Invalidenrentenansprüche. Er beträgt etwa 40 Procent der gesammten Ansprüche, während von den Altersrentenansprüchen nur 18 Procent zurückgewiesen werden mußten. Daraus läßt sich ersehen, daß die Uebergangsbestimmungen für den Bezug der Invalidenrente nicht in dem gewünschten Maße bekannt sind. Es ist für die Zeit bis zum 31. December 1895 eben nicht blos der Nachweis der Invalidität, sowie der Zahlung von Beiträgen für die Zeit vom 1. Januar bis 22. November 1892 zu erbringen, sondern auch ein solcher über die vor dem 1. Januar 1891 stattgehabte Beschäftigung in einem nach dem Gesetze versicherungspflichtigen Arbeitsverhältniß. Schließlich verdient die aus den veröffentlichten Zahlen hervorgehende Thatsache Beachtung, daß wie am Bezuge der Altersrenten auch an dem der Invalidenrenten die östlichen, d. h. die mehr landwirthschaftlichen Provinzen durchaus nicht geringer betheiligt sind, als die westlichen, mehr industriellen. Aus den bekannt gegebenen Zahlen läßt sich eher das Gegentheil herauslesen.

— Ueber die Nordlandsreise des Kaisers liegen der „Nordd. Allgem. Ztg." folgende, die bisherigen Meldungen ergänzende Daten vor:

Am 8. Juli um 11 Uhr ging der „Kaiseradler" vor Stockmarknaes, auf dem nordöstlichen Theil der Insel Hadeid, vor Anker. Se. Majestät begab sich mit Gefolge und einem Theil der Officiere an Land. Um ½1 Uhr etwa wurde Melbo, der südwestlichste Punct der Insel, erreicht. Etwa 6 Uhr Abends fuhr der „Kaiseradler" den Lofoten entlang in südwestlicher Richtung bis Ureflak auf Westvaagö, wo Abends 8 Uhr Anker geworfen wurde. Schon am Abend des 8. war das Wetter trübe geworden und bei Ankunft in Ureflak regnete es stark, auch die Nacht durch und am Morgen des 9. regnete es noch. Um 11 Uhr wurde die Fahrt nach Bodö angetreten. Der Kaiser begab sich Morgens an Bord des „Siegfried", den er einige Manöver ausführen ließ. Mittags traf der „Kaiseradler" auf das Torpedoboot, das, von Drontheim kommend, einen Courier an Bord hatte. Sonntag, 10. Juli, hatte sich das Wetter aufgeklärt. ½10 Uhr war Gottesdienst. Dann wurde auf einem norwegischen Dampfer ein Ausflug nach Saltenström gemacht. Um 11 Uhr Abends lichtete der „Kaiseradler" die Anker zur Weiterfahrt nach Tromsoe. Das Wetter klärte sich in der Nacht auf. Am 11. Juli um 4 Uhr Nachmittags wurde Tromsoe erreicht. Das Wetter war trocken, der Himmel leicht umwölkt, die Luft sehr kalt. Der Kaiser unternahm mit Graf Eulenburg einen Spaziergang an Land, um die Aussicht von den Tromsoe umgebenden Höhen zu genießen. Den nächsten Tag, 12. Juli, blieb der „Kaiseradler" bis Mittags vor Tromsoe. Mittags fuhr der „Kaiseradler" nach Karlsö, einer kleinen Insel mit einem eine prachtvolle Rundsicht gewährenden Berge, welchen um ½6 Uhr bestiegen wurde. Die ziemlich steile Höhe wurde kurz nach 6 Uhr erreicht. Am 13. Juli, Morgens 6 Uhr, erfolgte die Abfahrt nach Andamen, einer kleinen Insel, lediglich aus einem felsigen, mit Moos und ganz niedrigen, am Boden sich hinrankenden Zwergbäumen bewachsenen Berge mit sehr schlechtem Grund bestehend. Am 14. Juli fuhr der „Kaiseradler" von Andamen nach Skaarö, wo er vor Anker ging.

— Nach einer an sämmtliche Provinzialsteuerdirectoren ergangenen Mittheilung des preußischen Finanzministers tritt, da fortan für die Erhebung der Erbschaftssteuer sowohl in Preußen wie in Braunschweig nicht mehr die Staatsangehörigkeit des Erblassers, sondern dessen letzter Wohnsitz entscheidend ist, das seinerzeit zwischen der preußischen und braunschweigischen Regierung getroffene Uebereinkommen über die Erhebung der Erbschaftssteuer außer Kraft.

— Eine Zuschrift des Landrathes Herrn v. Diest-Daber an die „Kreuzztg." erklärt gegenüber den „Hamb. Nachr.": Es ist unwahr, „daß ich in früheren Beziehungen zur Zeit der „Reichsglocke" mit dem Herrn v. Caprivi oder mit Herrn v. Lebbin gestanden hätte." Es ist, was meine Person betrifft, unwahr, „daß Herr v. Lebbin und ich den Feldmarschall Frhrn. v. Manteuffel vergeblich für ihre reichsglöcknerischen Bestrebungen zu gewinnen gesucht hätten." . . . Eine Anzahl in meiner Hand befindliche Briefe, die eventuell veröffentlicht werden können, sowie eingehende mündliche Besprechungen mit dem Feldmarschall Freiherrn v. Manteuffel sowohl, als mit dem Feldmarschall Grafen Moltke bestätigen, daß Beide meine Bundesgenossen waren, und insbesondere mein Bestreben durchaus billigten, den nach der Ansicht vieler ehrenhafter Deutschen verderblichen Einfluß des p. v. Bleichröder in den höchsten Kreisen zu brechen, und den Fürsten Bismarck, der bekanntlich diesem Juden erfolgreiche Generalvollmacht zur Verwaltung seines Vermögens gegeben hat, von diesem intimen Einfluß zu trennen. — Herr v. Diest-Daber kommt sodann auf den vom Fürsten Bismarck im Jahre 1877 gegen ihn angestrengten Beleidigungsproceß zurück und bemerkt darüber:

„Meiner sofort angestellten Verleumdungsklage ist der Fürst Bismarck ausgewichen, indem er unter der Einrede der Incompetenz des Civilgerichts und Berufung auf seine Stellung als General der Cavallerie einen militairischen Gerichtshof für sich in Anspruch nahm. Infolge dessen instruirte das General-Commando des dritten Armee-Corps die Klage und berichtete vorschriftsmäßig im Juni 1878 an Se. Majestät den Kaiser und König Wilhelm I., weil dieser die Generale zu bezeichnen hatte, welche den Gerichtshof zu bilden haben. Eine Antwort an das General-Commando ist bisher nicht erfolgt. Ich aber habe nach wiederholten vergeblichen Versuchen, den Fortgang der Sache zu erreichen, in welcher meine Ehre öffentlich engagirt ist, aus Liebe zu Kaiser Wilhelm I. und mit Rücksicht auf Höchstdessen hohes Alter, geschwiegen. Se. königl. Hoheit dem Kronprinzen, späterem Kaiser Friedrich III., habe ich 12 Jahre hindurch auf Wunsch über den Fortgang der Sache berichtet. Auch Er erkannte klar die für Deutschlands Ehrenhaftigkeit aus dem andauernden Anwachsen des Einflusses der meist jüdischen Geldmächte erwachsenden Gefahren, sowie daß die Socialdemokratie ihre Waffen aus diesen Zuständen mit einer gewissen Berechtigung nehmme und daß mit der Zeit der Thron der Hohenzollern und das deutsche Reich diesen Gefahren mit unterliegen. Es scheint deshalb, öffentlich zu constatiren, daß Seine Sympathie, wie Hochdieselbe Briefe bestätigen, sich auf Seiten des unternommenen Kampfes befand, wenngleich Er es nicht für angemessen erachten konnte, Sich daran zu betheiligen. Nachdem jedoch Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II. nach eingehender Kenntniß der Sachlage vor einiger Zeit mir durch schriftlichen Erlaß diejenigen Schritte, welche ich zu meiner Vertheidigung und zur Klarlegung der Sachlage erforderlich erachtete, zu überlassen geruht haben, hatte ich von allen öffentlichen Schritten noch immer Abstand genommen, vielmehr mich nur auf mehrolle dienstliche Schritte beschränkt, hinsichts deren die Entscheidung neuerdings wieder dem Cabinet Seiner Majestät vorliegt. Dem Herrn Reichskanzler Grafen Caprivi hatte ich von diesem Anlasse Kenntniß gegeben, erhielt aber von ihm keine und von dem Herrn Kriegsminister erst am 13. d. Mts. nur eine kurze Antwort."

— Nachdem eben erst die Beschädigungen an der Corvette „Bayern" soweit ausgebessert worden sind, daß sie wieder in Geschwader manövriren kann, hat jetzt das Panzerschiff „Oldenburg", wie die „Allg. A.-Corr." aus Wilhelmshaven meldet, einen derartigen Maschinenschaden erlitten, daß es für den Rest des Sommers aus dem Manövergeschwader ausscheiden dürfte; die Lager der Böcke der Schraubenwelle seien arg beschädigt und bedürften einer wochenlangen Ausbesserung. Die zuerst bei der diesjährigen Torpedoflottille angestellten Versuche mit einem Forderaufsatz, der bei elektrischer Beleuchtung möglichst wenig die Schiffslinien hervortreten läßt, haben nun auch bei den Panzerausfallcorvetten stattgefunden, denen diese führen jetzt, anstatt des früheren schwarzen, einen matt grauschwarzen Anstrich. Wie jedoch mitgetheilt wird, hat sich der alte schwarze Anstrich für Torpedoboote immer noch als der zweckmäßigste erwiesen, ganz abgesehen davon, daß er in Bezug auf die Reinlichkeit der praktischste ist.

— Der Todestag Lassalle's soll diesmal von den Socialdemokraten in ganz großartiger Weise begangen werden, und zwar als eine Art Ersatz für die verregnete Maifeier.

— Infolge der vielfachen Beschwerden darüber, daß die Eisenbahnarbeiter höhere Löhne bezögen, während den industriellen Arbeitern in Preußen vielfach die Löhne herabgemindert würden, hat die Staatsverwaltung eingehende Erhebungen über die Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter angeordnet.

— Der „Reichsanzeiger" meldet, daß der Schloßhauptmann von Friedrichskron (Neues Palais), Graf Lüttichau, den Rothen Adlerorden zweiter Classe erhalten habe. Dem Neuen Palais wurde vom Kaiser Friedrich der Name „Friedrichskron" beigelegt. Unter der Regierung des jetzigen Kaisers wurde indessen die alte Bezeichnung wieder aufgenommen. Aus der amtlichen Meldung des „Reichsanzeigers" könnte entnommen werden, daß jetzt die vom Kaiser Friedrich verfügte Namensnennung wieder in ihr Recht treten soll; allerdings stimmt damit nicht zusammen, daß die in den letzten Wochen vom Kaiser in Potsdam vollzogenen Ernennungen u. s. w. noch immer die Unterschrift „Neues Palais" tragen.

— Der frühere Director des Literarischen Bureaus, Geh. Regierungsrath Dr. Rößler, ist zum Wirkl. Geh. Legationsrath und vortragenden Rath im auswärtigen Amte ernannt worden.

— Die „Tägl. Rundsch." brachte bekanntlich dieser Tage die Mittheilung, daß auch der Oberpräsident v. Goßler sich unter den Candidaten für die Berliner Oberbürgermeisterwahl befinde. „An Herrn v. Goßler sei die Anfrage gerichtet worden, ob er die Wahl anzunehmen bereit sei, und er soll seine Bereitwilligkeit dazu mit dem Vorbehalt erklärt haben, daß die Wahl mit einer Mehrheit erfolge, die ein umfassendes und allgemeines Vertrauen der Bürgerschaft ausdrücke." Die „Danz. Ztg." bemerkt dazu: Nach unseren Informationen beruht die ganze Nachricht wahrscheinlich auf einem Mißverständniß. Wir glauben begründeterweise daran zweifeln zu dürfen, daß Herr Oberpräsident v. Goßler Neigung hat, seinen hiesigen Posten mit dem des Berliner Oberbürgermeisters zu vertauschen.

— An den Cursen zur Unterweisung von Seminar- und Volksschullehrern in der Obstbaukunde nahmen im Jahre 1891 31 Seminar- und 600 Volksschullehrer Theil. Es fanden statt in Westpreußen 5, in Brandenburg 6, in Pommern 5, in Posen 3, in Schlesien 3, in Sachsen 8, in Westfalen 6, in Schleswig-Holstein 2, in Hannover 8, in Hessen-Nassau 5, in der Rheinprovinz 21, in Hohenzollern 2 Curse. Die Betheiligung war besonders in der Provinz Hannover sehr stark. In Ostpreußen werden derartige Curse nicht abgehalten. Die Curse sind ohne Zweifel von größtem Nutzen. Durch obstbaukundige Volksschullehrer ist der rationelle Obstbau in viele Gegenden Preußens erst hineingetragen worden. Zu bedauern ist, daß die Zahl derjenigen ländlichen Schulen, denen ein Versuchsgarten zur Verfügung steht und die älteren Knaben zum Gartenbau angeleitet werden, noch immer gering ist. Der naturwissenschaftliche Unterricht erhält dadurch nicht nur eine praktische Spitze, sondern auch eine größere Bedeutung für Geist und Gemüth der Schüler.

* **Danzig**, 21. Juli. Die Torpedobootsflottille kehrte ohne jeden Unfall, trotz schweren Wetters, von ihrer Pillauer Excursion in unseren Hafen zurück und fuhr nach der kaiserlichen Werft, um die nöthigen Vorbereitungen für die heute Donnerstag stattfindende Inspicirung vorzunehmen. Nach derselben wird die Flottille sofort unseren Hafen verlassen, um nach Kiel zu laufen und sich dort bis zum 1. August zum Eintritt in den Verband des Manövergeschwaders zu rüsten.

* **Breslau**, 21. Juli. Seit Ende voriger Woche weilt der „Schles. Ztg." zufolge eine Commission, bestehend aus dem Geh. Ober-Regierungs-Rath und Vortragenden Rath im Ministerium für Handel und Gewerbe Lüders, dem königlichen Webschuldirecter Lembcke aus Krefeld und dem königlichen Legge-Inspector Woltmann aus Göttingen in unserer Provinz, um im Auftrage des Ministers für Handel und Gewerbe eine Besichtigung der sogenannten Webernothstandsgebiete vorzunehmen. Die Führung der Commission bei dieser Besichtigung, an der sich auch Regierungsrath Grüttner und Regierungs- und Gewerberath Frief aus Breslau betheiligen, hat der Regierungs-Präsident Freiherr Juncker von Ober-Conreut übernommen. Die Commission bereist zur Zeit die Webergebiete des Schweidnitzer (Leutmannsdorf), Reichenbacher und Neuroder Kreises; ob sie sich auch nach Rücken u. s. w. begeben wird, steht noch nicht fest. Der Aufenthalt der Commission in den betreffenden Districten dürfte bis Ende dieser Woche dauern. Der Zweck der Bereisung ist, auf Grund der von den Sachverständigen gewonnenen Kenntniß der Verhältnisse dem Minister für Handel und Gewerbe Vorschläge zu unterbreiten, inwiefern eine Hebung der Hausweberei in den in Betracht kommenden Bezirken Schlesiens möglich ist.

* **Oldenburg**, 21. Juli. Dem nächsten Landtage wird ein preußisch-oldenburgischer Vertrag über die Landabtretung zur Vergrößerung Wilhelmshavens zugehen. Wie gemeldet wird, haben Bevollmächtigte aus Hannover und aus dem Oldenburgschen ein als Ersatz an Oldenburg abzutretendes Gebiet abgegrenzt.

□ **Celle**, 21. Juli. Gegen 40 Socialdemokraten, die Mitglieder des hiesigen deutschen Kriegervereins sind, sind vom Vorstand schriftlich aufgefordert worden, bei Vermeidung des Ausschlusses aus den socialdemokratischen Vereinen, insbesondere dem Verein für volksthümliche Wahlen, auszutreten.

* **Oberröblingen**, 21. Juli. 150 Vertreter der durch das Sinken des salzigen Sees geschädigten Ortschaften beschlossen, die Regierung zu Merseburg zu bitten, die Zustimmung zu dem von der Direction der Mansfelder Gewerkschaft geplanten Antrage auf Enteignung des Sees zu versagen.

⌀ **Greiz**, 21. Juli. Zum Empfang des Fürsten Bismarck in Jena wird außer der Stadt Gera auch die Stadt Greiz vertreten sein.

* **Weimar**, 21. Juli. Die hiesigen Socialdemokraten haben die Erwerbung eines Grundstückes zum Zwecke der Errichtung eines Versammlungs- und Clubhauses beschlossen. Der nöthige Fonds soll durch Antheilscheine in Höhe von 5 ℳ aufgebracht werden.

r. **Meiningen**, 21. Juli. Am Montag fand in Zella-Mehlis eine Versammlung der dortigen Industriellen statt, um über die Betheiligung an der in Berlin zu veranstaltenden Weltausstellung zu berathen. Wie wir hören, wurde nach Beleuchtung der verschiedenen Gesichtspuncte die Beschickung von allen Seiten in Aussicht genommen. — Mit dem Bau der Prüfungsanstalt für Schußwaffen in Zella-Mehlis ist nunmehr begonnen worden. Derselbe soll eifrigst gefördert werden.

* **Trier**, 21. Juli. Eine Begrüßungs-Deputation aus Elsaß-Lothringen will sich am 31. Juli zum Fürsten Bismarck nach Kissingen mittelst Extrazuges begeben.

* **Düren** (Rheinland), 21. Juli. Die „Freis. Zeitung" brachte eine Mittheilung, laut welcher beschlossen worden sei, die von hiesigen Bürgern zur Errichtung eines Bismarck-Denkmals gestiftete Summe zu einem anderen Zwecke zu verwenden. Diese Mittheilung wiederholt nur eine zuerst in ultramontanen Zeitungen aufgetauchte Unwahrheit. Wenn auch die hiesigen Industriellen eine namhafte Summe für die durch Hagelschlag stark mitgenommene Kreisgemeinde Morschenich gespendet haben, so berührt dies doch die Denkmalangelegenheit durchaus nicht. Die Zeichner für das hiesige Bismarck-Denkmal denken heute weniger denn je daran, von ihrer Absicht, dem größten lebenden Deutschen in ihrer Stadt ein würdiges Denkmal zu setzen, zurückzutreten. Es sind im Gegentheil zu dem bereits vorhandenen Capital noch große Beiträge nachgezeichnet worden, um auch die Umgebung des Denkmals möglichst würdig zu gestalten.

* **Mannheim**, 21. Juli. An der Fahrt nach Kissingen am nächsten Sonntag betheiligen sich 4000 Personen aus Baden, Hessen und der Pfalz. Die Beförderung erfolgt in fünf Extrazügen, die von Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Darmstadt abgehen.

T **Offenbach a. M.**, 21. Juli. Ein Verbandstag der Posamenten-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands findet hier am 7. und 8. August statt. Auf dem Verbandstage soll vor allem die Frage der Organisation besprochen und Beschluß darüber gefaßt werden, ob die Posamentenarbeiter sich dem allgemeinen deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen oder einen eigenen, selbstständigen Verband zu bilden hätten. Für den Anschluß an den Textilarbeiterverband haben sich schon jetzt die Posamentenarbeiter von Nürnberg, Frankfurt a. M. und Berlin ausgesprochen; dagegen Hamburg, Offenbach und die Mehrzahl der süddeutschen Städte. Es dürfte über diesen Punct zu lebhaften Auseinandersetzungen auf dem Verbandstage kommen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 21. Juli. Die Regierung hat den Führern der Linken in den letzten Conferenzen zugesagt, die Zeitungslicenzen freizugeben. In den nächsten Wochen sollen demgemäß das „Neue Wiener Tagblatt", die „Oesterreichische Volkszeitung", das antisemitische „Deutsche Volksblatt" und die „Narodni Listy" die Verschleißbefugniß erhalten. Die Regierung glaubt auch, durch diese administrative Maßregel die stürmisch geforderte Reform des Preßgesetzes weiter hinausschieben zu können. — Der Einzelverkauf der Zeitungen vollzieht sich in Oesterreich, da Colportage nicht gestattet ist, in den behördlich concessionirten Tabakläden. Soll eine Zeitung für ihre oppositionelle Haltung empfindlich getroffen werden, so wird diese Erlaubniß entzogen, wie es vor einer Reihe von Jahren dem „N. W. Tagbl." und der „Vorstadtzeitung" passirte. Später bürgerte sich die Praxis ein, daß überhaupt für neugegründete Blätter eine solche Erlaubniß nicht mehr ertheilt wurde, so daß einige Zeitungen ein förmliches Monopol besitzen. Der Abgeordnete Dr. Jacques hat nun im Einvernehmen mit der deutschen Linken einen Strafgesetz-Entwurf eingebracht, in welchem Aufhebung der Caution, des Zeitungsstempels, Freigebung der Colportage und Beseitigung des objectiven Verfahrens (bloße Confiscation ohne richterliche Verhandlung und Urtheil) gefordert werden. Da für diesen Entwurf durch die Stimmen der Czechen und diejenigen von Abgeordneten anderer Gruppen, welche ihre Zustimmung erklärten, leicht eine Mehrheit gefunden werden könnte, versucht Graf Taaffe seine Politik der theilweisen Zugeständnisse. Den Einzelverkauf will er den bisher gemaßregelten Blättern bewilligen, dafür soll die übrige Reform des Preßgesetzes hinausgeschoben werden. Wahrscheinlich will der Ministerpräsident den Zeitungsstempel und die bisherige unumschränkte Gewalt des Staatsanwalts retten.

* **Pest**, 20. Juli. Der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Credit-Genossenschaften mit besonderer Berücksichtigung des Bodencreditwesens, ist im Finanzministerium fertiggestellt und wird von letzterem im Herbste dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. Vorher aber wird der Finanzminister eine Befragung veranstalten, um die Meinung der Fachleute, sowie der Interessenten zu vernehmen. In die eventuell zu ergreifenden Maßregeln, welche im Interesse des Bodencredits nothwendig sind, wird eine Notenbank nicht einbezogen werden, da in gewissem Maße und im Einklange mit der Bankpolitik das bestehende Bankgesetz für den Bodencredit sorgt.

Frankreich.

* **Paris**, 21. Juli. Gegenüber den von mehreren Blättern gebrachten bestimmten Meldungen über die erfolgte Verhaftung von Dubois und Parmentier erklärt die hiesige Polizeipräfectur, es sei zwar richtig, daß dieselben Anarchisten seien, von der Entdeckung eines anarchistischen Complots sei jedoch keine Rede. — Die beiden in Paris wegen Hochverraths verhafteten Personen sind ein gewisser Loiseleur und die angeblich aus Württemberg gebürtige Dienstmagd Elisa Schmidt. Nach den Blättern handelt es sich bei letzterer jedoch nicht um Hochverrath. Bei Loiseleur fand man eine Lebelpatrone vor sowie ein kleines Stahlmodell der Feldgeschütze; der Verhaftete behauptet, diese Gegenstände zum Geschenk erhalten zu haben. Bei dem Dienstmädchen wurden mehrere Stücke Silbergeräthe vorgefunden, die sie wahrscheinlich ihrem früheren Lohnherrn entwandt hat. Die Haussuchung fand statt, weil Loiseleur sich öffentlich gerühmt hatte, er könne sich militairische Gegenstände verschaffen. — Der Binnenschifffahrts-Congreß an welchem die Delegirten von 16 Nationen theilnehmen, ist heute Nachmittag hier im Industriepalast unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Viette eröffnet worden. Der Minister begrüßte die zahlreich erschienenen Delegirten Namens der Regierung mit einer Ansprache, auf welche einer der deutschen und einer der englischen Delegirten erwiderten. Der Congreß beschloß hierauf die Bildung von vier verschiedenen Comités für die Berathungsgegenstände.

* **Paris**, 22. Juli. (Telegramm.) Nach aus Tientsin hier eingegangenen Nachrichten hat der Vicekönig Li-Hung-Tscheng den Befehl ertheilt, das seiner Zeit von dem General Tscheng-Ki-Tong bei der Banque de Paris et des Pays-Bas gemachte Anleihen für Letzteren wiederzuerstatten.

Großbritannien.

* **London**, 22. Juli. (Telegramm.) Die conservativen Morgenblätter empfehlen dem Cabinet, der Königin in dem Falle, daß ein Mißtrauensvotum gegen das Cabinet ertheilt werden sollte, die Vertagung des Parlaments bis zur ordentlichen Session im Jahre 1893 vorzuschlagen. — Wie verlautet, soll Lord Salisbury zum Herzog ernannt werden. — Die deutsche Kaiseryacht „Meteor" hat während der Wettfahrt um den Pocal der Königin bei Kingston einen Bruch des Bugspriets erlitten und konnte deshalb die Wettfahrt nicht mit fortsetzen. Die hervorragenden politischen und wirthschaftlichen Interessen, welche Großbritannien an den verschiedensten Puncten des Schwarzen Welttheils zu vertreten hat, erheischen von dem Londoner Foreign Office das Aufgebot eines Maßes von Arbeitskraft und Concentrirung, welches zu leisten dem genannten Ressort immer schwieriger fällt, zumal dasselbe auch anderweit auf das Ausgiebigste und Nachhaltigste in Anspruch genommen wird. Es ist deshalb seit einiger Zeit die Frage in Erwägung gezogen, ob sich nicht behufs wirksamerer Führung der afrikanischen Geschäfte die Errichtung eines Afrikanischen Rathes nach dem Muster des bestehenden Indischen Rathes empfehlen dürfte. Der Indische Rath wurde geschaffen, um die allgemeine Reichsleitung unter dem administrativen Gesichtspuncte von einer Ressortarbeit zu entlasten, der sie mit dem Anwachsen des indischen Colonialreiches nicht länger gewachsen war. Den indischen wie den allgemeinen Reichsinteressen ist diese Arbeitstheilung nicht zum Nachtheil ausgeschlagen. Es liegt daher nahe, sich auch von der Einsetzung eines „African Council" ähnliche vortheilhafte Wirkungen zu versprechen. Einstweilen schwebt das Project zwar noch völlig in der Luft und der Rücktritt des Ministeriums Salisbury wird ihm einige seiner eifrigsten Gönner rauben. Da indeß die Veranlassung fortbestehen bleibt, welche den Plan selbst entstehen ließ, so dürfte ihm auch unter den Auspicien eines Ministeriums Gladstone bald wieder näher getreten werden, denn es sind auf afrikanischem Boden zu viele und wichtige britische Interessen verkörpert, als daß irgend ein Nachfolger des jetzigen Tory-Premiers es darauf ankommen lassen könnte, Afrika sich selbst zu überlassen, d. h. den französischen Expansionsbestrebungen daselbst freie Hand zu geben. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß durch den Gang der Dinge an gewissen exponirten Puncten des Schwarzen Welttheils der eventuelle Nachfolger Lord Salisbury's schon sehr bald sich genöthigt sehen dürfte, die dortigen Verhältnisse mit besonderer Umsicht zu controliren bezw. zu beeinflussen.

Skandinavien.

* **Christiania**, 22. Juli. (Telegramm.) Dem Storthing ist ein von 3 Mitgliedern der Rechten, 3 Mitgliedern der Linken und 3 Mitgliedern der Moderaten unterzeichneter Antrag zugegangen, worin eine Abänderung der Grundsätze in der Weise vorgeschlagen wird, daß dem Könige das Recht zugestanden werden soll, das Storthing aufzulösen und Neuwahlen vorzunehmen.

Orient.

* **Bukarest**, 21. Juli. Nach einer Meldung der „Pol. Corresp." trifft die Braut des Kronprinzen von Rumänien, Prinzessin Marie von Edinburgh, Mitte August zum Besuch der Königin Elisabeth ein.

Asien.

* **Batavia**, 22. Juni. Während hier früher confessioneller Hader überhaupt unbekannt war, so daß z. B. die Katholiken in Batavia einem katholischen Geistlichen kurzweg erklärten, daß sie den Kirchenbesuch einstellen würden, wenn die Kanzel fernerhin zur Politik mißbraucht würde, und während ein früherer Generalgouverneur einen widerspenstigen katholischen Bischof ohne weitere Formalitäten auf ein Schiff packen und nach Hause spediren ließ, — ist dies heute ganz anders. Vor einigen Monaten erschien ein Buch eines Lehrers am Gymnasium in Batavia, worin versucht wurde, die Unechtheit des Johannesevangeliums nachzuweisen. Großen wissenschaftlichen Werth hatte dasselbe nicht, da es im Grunde genommen nur eine Wiedergabe der durch die Forschungen der „Tübinger Schule" zu Tage geförderten Resultate war, aber ein Sturm der Entrüstung brach in ein paar ultramontanen Zeitungen über die Vermessenheit eines „Schulmeisters" aus. Das „Batavische Handelsblatt" verlangte mit ungestümem Eifer die alsbaldige Entsetzung dieses Gymnasiallehrers aus seinem Amte, weil er die Grundlagen des Christenthums anzugreifen versucht habe! Dieses Blatt, welches bis jetzt das angesehenste und einflußreichste in Niederländisch-Indien gewesen ist, hat seit einigen Monaten drei römisch-katholische Geistliche in seine Redaction aufgenommen, und man wird sich also in der nächsten Zeit auf allerlei Ueberraschungen gefaßt machen dürfen. Mit München und Nonnen, besonders aber mit Jesuiten, ist die Insel Java ohnedies schon reichlich gesegnet, so daß also auch hier der Ausbruch confessionellen Haders mit Sicherheit vorausgesehen werden kann, da das Holz, aus welchem energische und willensstarke Generalgouverneure geschnitzt werden könnten, überhaupt nicht mehr zu wachsen scheint. Die einzelnen warnenden Stimmen, die aus Indien herüberdringen, werden systematisch überhört oder lächerlich gemacht. Der gesunde Menschenverstand müßte angesichts der fortwährenden, vom mohammedanischen Fanatismus drohenden Gefahr die Ueberzeugung nahe legen, daß man zuerst im eigenen Hause Frieden haben muß, wenn man einem Angriffe von außen mit Erfolg widerstehen will, aber diese Regel scheint, wenigstens in den Augen der maßgebenden Autoritäten, für Indien nicht zu gelten.

Afrika.

* **Tanger**, 21. Juli. Die letzten Nachrichten sind durch folgendes ausführliche Telegramm zu ergänzen. Dasselbe bestätigt in allen Stücken die Nachricht von dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen dem Sultan und dem englischen Gesandten Smith und von der Abreise der englischen Gesandtschaft aus Fez. Nach unablässigen Verzögerungen und wiederholtem Bruch der Versprechungen seitens des Sultans habe die Gesandtschaft Fez am 12. Juli verlassen. Smith habe 6 Meilen von Fez entfernt ein Lager bezogen; dorthin seien 2 Abgeordnete des Sultans gekommen und in derselben Nacht sei der modificirte Vertrag aufgesetzt worden, welcher am anderen Tage unterzeichnet werden sollte. Am 13. d. habe indessen der Sultan die seinen Vertretern ertheilten Vollmachten zurückgezogen und die beiden wichtigsten Artikel des Vertrages gestrichen, auf welche Smith die von ihm gemachten Concessionen gegründet hatte. Smith habe sich geweigert, den verstümmelten Vertrag zu unterzeichnen und sei sofort nach Rabat aufgebrochen, wo man die Gesandtschaft am 22. Juli erwarte. Die üblichen Geschenke seien zwischen dem Gesandten und dem Sultan nicht ausgetauscht worden. — Eine Meldung der „Times" aus Tanger bringt ähnliche Mittheilungen und fügt hinzu, man erkläre sich das Verhalten des Sultans aus inzwischen von Tanger eingegangenen Meldungen, wo man glaube, daß infolge französischer Intriguen der